

Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz  
Bundesrepublik Deutschland  
Berlin

Genf, 8 März 2022

**Betreff: Freigabe der eingefrorenen Gelder Afghanistans**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

die Machtübernahme der Taliban in Kabul im vergangenen August nach dem dramatischen Zusammenbruch der Regierung hat große Teile Afghanistans sowie der ganzen Welt erschüttert.

Bisher hat kein Land die *de facto* Verwaltung – das „Islamische Emirat Afghanistan“ – offiziell anerkannt. Dies liegt unter anderem an der schlechten Menschenrechtsbilanz der Taliban, ihrer Auslegung der Scharia und den Erfahrungen mit ihrer Herrschaft in Kabul vor 20 Jahren. Angriffe auf Frauen, religiöse und ethnische Minderheiten sowie Journalisten zwingen Tausende Afghaninnen und Afghanen, ihre Heimat zu verlassen und anderswo Schutz zu suchen.

Das Ende des vierzig Jahre andauernden Kriegs hat zwar zu einem Rückgang von bewaffneter Gewalt geführt, jedoch verschärfen die Wirtschaftssanktionen und das Einfrieren der afghanischen Nationalreserven die Armut, Not und Verzweiflung der afghanischen Bevölkerung.

Das Einfrieren von 9,1 Milliarden US-Dollar an afghanischen Auslandsreserven, die in US-amerikanischen und europäischen Banken gehalten werden, hat bereits die Währungsstabilisierungsrolle der Da Afghanistan Bank (DAB), der Zentralbank des Landes, eine glaubwürdige und unabhängige Institution, lahmgelegt. Dies hat eine Liquiditätskrise ausgelöst, die zusammen mit Inflation und dem Verlust von Arbeitsplätzen und Lebensgrundlagen dazu führt, dass sich die meisten Afghaninnen und Afghanen das Notwendigste wie Nahrung, Treibstoff und Unterkunft nicht mehr leisten können.

**Afghanen sind verzweifelt.** Laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sind 8,7 Millionen verarmte afghanische Bürger vom Hungertod bedroht; einer Million Kindern droht in diesem Winter der Tod. Die schlimme Situation hat manche Familien dazu gezwungen, herzerreißende Entscheidungen zu treffen, wie z. B. den Verkauf ihrer minderjährigen Mädchen in die Ehe im Tausch gegen Lebensmittel. Die Verzweiflung treibt Tausende von Afghaninnen und Afghanen in die Flucht nach Pakistan und in den Iran, während andere versuchen, nach Europa oder dorthin zu gelangen, wo es eine Überlebenschance gibt.

**Humanitäre Hilfe** ist unerlässlich, um Leben in unmittelbarer Gefahr zu retten, aber sie ist keine Alternative zum normalen Funktionieren der Wirtschaft und des Bankensystems, die